

A12 12. Kapitel: Sicherheit und Ordnung

Gremium: Kreisvorstand

Beschlussdatum: 02.07.2018

1 Kapitel Sicherheit und Ordnung

2 Der Wunsch der Bürger*innen nach Sicherheit hat an Bedeutung gewonnen –
3 unabhängig von der aktuell deutlich verbesserten Sicherheit. In der aktuellen
4 Stimmungslage werden schnell Maßnahmen wie Videoüberwachung oder eine
5 Verschärfung des Strafrechts gefordert – ohne Berücksichtigung der Wirksamkeit,
6 bestehender Gesetze und der Werte unseres Grundgesetzes. Wir GRÜNE verwehren uns
7 gegen Schnellschüsse und vereinfachende Antworten. Wir setzen auf angemessene
8 und verhältnismäßige Maßnahmen, die nachhaltig wirken, und auf den Schutz
9 unserer Grund- und Bürgerrechte – mehr Sicherheit, aber nicht auf Kosten unserer
10 Freiheit.

11 Sicherheit und Sicherheitsgefühl

12 Es ist Aufgabe des Staates Sicherheit und Ordnung zu gewährleisten – wissend,
13 dass es absolute Sicherheit nicht geben kann, noch dass sie mit ihren
14 Konsequenzen erstrebenswert wäre. Neben der tatsächlichen Kriminalitätsbelastung
15 ist auch die gefühlte Kriminalitätsbelastung von Bedeutung. Der Staat muss
16 sicherstellen, dass der öffentliche Raum den Menschen zur Verfügung steht. Wenn
17 dieser aber als unsicher wahrgenommen wird, wird er von der Bevölkerung nicht
18 genutzt und steht ihr faktisch nicht zur Verfügung. Daher wollen wir GRÜNE für
19 einen lebenswerten und sicheren öffentlichen Raum sorgen. Zum öffentlichen Raum
20 zählen für uns auch die Bereiche des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV).
21 Wir GRÜNE wollen den ÖPNV ausbauen, gerade bezogen auf die Abend- und
22 Nachtstunden, um allen Menschen einen sicheren Heimweg zu ermöglichen. Wo ein
23 Ausbau des regulären ÖPNV nicht möglich oder leistbar ist, wollen wir
24 Ersatzmöglichkeiten schaffen, wie das von uns initiierte Frauennachttaxi.

25 Gut ausgebildete Polizeikräfte statt Videokameras

26 Videokameras helfen im Normalfall nicht, Kriminalität zu verhindern, sondern
27 führen oft nur zu einer Verdrängung. So ist der Bahnhofsvorplatz seit vielen
28 Jahren überwacht, aber eine Besserung der Situation hat sich nicht eingestellt.
29 Die versprochene neue Form der intelligenten Videoüberwachung funktioniert
30 nicht. Wir GRÜNE setzen statt auf Videoüberwachung auf Polizeistreifen, die zu
31 Fuß oder per Fahrrad unterwegs und damit ansprechbar sind. Diese können sofort
32 einschreiten und sind damit die weitaus bessere Alternative. Dort, wo es
33 wiederholt zu schweren Straftaten wie Gewaltdelikten kommt, kann eine temporäre
34 Videoüberwachung als Ergänzung Sinn machen. Eine dauerhafte oder großräumige
35 Videoüberwachung unbescholtener Bürger*innen lehnen wir jedoch ab. Es ist die
36 Aufgabe der Polizei, die Sicherheit der Bürger*innen zu gewährleisten und sie
37 vor Straftaten zu schützen. Ergänzend setzt die Stadt kommunale Ordnungskräfte
38 ein, da sich die Polizei leider aus der Verfolgung von Ordnungsstörungen
39 zurückgezogen hat. Die kommunalen Ordnungskräfte haben nur begrenzte Kompetenzen
40 und können die Polizei nicht adäquat ersetzen. Solange dieser Ordnungsdienst
41 benötigt wird, muss dieser angemessen qualifiziert werden. Wir GRÜNE setzen uns
42 dafür ein, die Ausbildung aufzuwerten und noch stärker an der Polizeiausbildung
43 auszurichten. Wir wollen, dass sich der Ordnungsdienst um relevante Störungen

44 wie gefährdendes Parken bis hin zum Randalieren bei Trunkenheit kümmert, nicht
45 aber z.B. Kinder von Wiesen und Brunnen vertreibt.

46 Gestaltung des öffentlichen Raumes verbessern

47 Wir GRÜNE wollen den öffentlichen Raum baulich so gestalten, dass sich dort alle
48 wohlfühlen können, unabhängig von Geschlecht, Alter oder Herkunft. Die
49 Stadtplanung muss die Entstehung von Angsträumen vermeiden. Wo diese Angsträume
50 bereits bestehen, wollen wir durch eine bessere Beleuchtung, die Schaffung von
51 Sichtverbindungen sowie verbesserte Wegebeschilderung das Sicherheitsgefühl
52 erhöhen. Wir wollen durch kreative Lösungen Un-Orte umgestalten. Wir GRÜNE
53 wollen Menschen ermutigen, ihre unmittelbare Nachbarschaft z.B. durch Urban
54 Gardening und Straßenfeste mitzugestalten, zu beleben und aus der Anonymität zu
55 holen. Denn wir sind überzeugt, dass eine gute Nachbarschaft einer der
56 wichtigsten Beiträge zu mehr Sicherheit im Quartier ist. Ein großes Problem des
57 öffentlichen Raumes sind auch parkende Autos. Vielfach versperren sie
58 Wegeverbindungen und Sichtbeziehungen durch unberechtigtes Parken, oft ohne
59 Konsequenzen. Auch wenn es notwendig wäre, findet ein Abschleppen oft nicht
60 statt. Sogar Rettungseinsätze werden regelmäßig durch falsches Parken behindert.
61 Die Verkehrsüberwachung muss daher dringend verstärkt werden und auch in den
62 Stadtteilen präsent sein.

63 Alkoholkonsum im öffentlichen Raum

64 Alkoholkonsum auf öffentlichen Plätzen ist immer mal wieder ein Konfliktthema.
65 Wir GRÜNE stehen dazu, dass es im öffentlichen Raum grundsätzlich erlaubt sein
66 muss, Alkohol zu konsumieren, und dies nicht nur in den Außenbewirtungen oder
67 bei Fasnacht oder Stadtfest. Dieses Recht soll allen gleichermaßen zustehen,
68 unabhängig von finanzieller Situation, jungen Erwachsenen ebenso wie Älteren.
69 Gleichzeitig müssen wir jedoch feststellen, dass dieses Recht an einzelnen
70 Plätzen überbeansprucht wird und mit Ordnungsstörungen einhergeht. Wir GRÜNE
71 wollen dies angehen und erwarten, dass die Polizei in solchen Fällen konsequent
72 Platzverweise ausspricht. Komplette Verbotszonen brauchen wir in Mannheim jedoch
73 nicht.

74 Prävention vor Kriminalität

75 Auch wenn die Kriminalität in Mannheim zuletzt deutlich gesunken ist, ist sie
76 weiterhin zu hoch. Als GRÜNE wollen wir Kriminalität lieber von vornherein
77 verhindern als sie später verfolgen zu müssen. Wir GRÜNE wollen die
78 Präventionsarbeit ausbauen und schlagen hierfür u.a. eine gezielte Kampagne für
79 mehr Aufmerksamkeit im öffentlichen Raum und mehr Zivilcourage vor, um das
80 Verantwortungsgefühl der Menschen wieder zu aktivieren. Wir setzen auf eine enge
81 Verzahnung des Hauses des Jugendrechts und des Jugendamtes, um Heranwachsende
82 auf den richtigen Weg zu helfen. Präventionsarbeit bedeutet für uns nicht nur
83 klassisch Aufklärungsarbeit und Streetwork, sondern auch bildungs-, jugend-,
84 sozial-, wohnungs- und arbeitsmarktpolitische Maßnahmen. Eine Gesellschaft, die
85 allen Menschen eine gerechte Teilhabe gewährleistet, erzeugt deutlich weniger
86 Kriminalität. Die Anzahl von Schusswaffen in der Hand von Privatpersonen und in
87 Privathaushalten ist nach wie vor deutlich zu hoch. Waffen stellen per se eine
88 Gefahr dar. Als GRÜNE wollen wir die Anzahl von Waffen in Mannheim deutlich
89 reduzieren. Wir wollen den Rhythmus der Waffenkontrollen verdichten und die
90 Subventionierung der Waffenkontrollgebühren beenden. Wer Waffen privat
91 aufbewahrt, soll die dadurch verursachten Kosten selber tragen.

92 Gute Arbeitsbedingungen für Rettungskräfte

93 In Notlagen sind wir neben der Polizei auf Feuerwehr und Rettungsdienste
94 angewiesen. Diese leisten für unsere Gesellschaft unerlässliche Dienste, sei es
95 im Hauptamt oder im Ehrenamt. Durch verbesserte Rettungsdienststrukturen mit
96 eigener Leitstelle kann die Hilfeleistung in Mannheim zukünftig sichergestellt
97 werden. Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, dass auch Ausrüstung, Fuhrpark und
98 Gebäude von Feuerwehr und Rettungsdiensten Stück für Stück modernisiert und
99 aktuellen Bedürfnissen angepasst werden. Ehrenamtliches Engagement in diesem
100 Bereich werden wir weiter fördern.

101 Opfer von Kriminalität besser unterstützen

102 Oft dreht sich die Debatte nur um die Verhinderung und Aufklärung von Delikten.
103 Die Opfer finden wenig Beachtung. Wir GRÜNE wollen die Opfer von Straftaten
104 stärker unterstützen und setzen uns für eine bessere Finanzierung von
105 Beratungsstellen ebenso wie von Frauenhäusern ein. Das Grundproblem der
106 Finanzierung von Frauenhäusern kann nur überörtlich gelöst werden. Denn Frauen
107 müssen oftmals ihren Heimatort verlassen, um sicher zu sein und dafür stellt
108 Mannheim überproportional viele Plätze bereit. Gewalt gegen Frauen ist seit
109 jeher ein Problem. Dieses wurde zuletzt auch deshalb ein politisches Thema, da
110 viele Menschen zugewandert sind, die sozialisationsbedingt Schwierigkeiten mit
111 unserem Verständnis der vollen Gleichberechtigung von Mann und Frau haben. Hier
112 braucht es eine aktive Zusammenarbeit des Fachbereichs Demokratie und Vielfalt
113 mit Migrant*innenvereinen. Das Problem sexualisierter Gewalt ist aber im selben Maß
114 ein Thema für Einheimische wie für Zugewanderte. Wir GRÜNE werden
115 Alltagssexismus thematisieren und Tabuthemen offen ansprechen. Die Stadt muss
116 konsequent gegen sexistische Werbung im öffentlichen Raum vorgehen und ihre
117 Mitarbeiter*innen, insbesondere im Bereich Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit
118 gezielt zu diesem Thema fortbilden. Wir schlagen eine regelmäßige Gesprächsrunde
119 von Stadtverwaltung und Polizei mit den Betreiber*innen von Diskotheken und
120 Festen vor, in der Themen wie sexuelle Übergriffe und Einsatz von KO-Tropfen
121 behandelt werden.